

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 4

Artikel: Profile der Weltpolitik
Autor: Schmidt, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337804>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der russisch-chinesische Gegensatz ist in seinem Wesen imperial. Da er aber sehr stark auf «ideologischer» Ebene ausgetragen wird, schlägt er der Sowjetregierung das wichtigste Propagandainstrument aus der Hand, mit welchem sie seit fast fünfzig Jahren auf der ganzen Welt ihre Außenpolitik stützte und «nährte»: die einheitliche und zentral gelenkte Kommunistische Internationale mit ihrem Mythos.

OTTO SCHMIDT

Profile der Weltpolitik

«Der Ruhm wird nur jenen zuteil, die immer davon geträumt haben», dieser Satz ist typisch de Gaulle, von de Gaulle, der einen Band seiner Memoiren «La Gloire» (der Ruhm) überschrieben hat. Die Frage stellt sich höchstens, ob der Ruhm de Gaulles letztes Wort ist oder ob er den letzten noch nicht geschriebenen Band «La défaite» (die Niederlage) betiteln könnte. De Gaulle gleicht einerseits einem Staatsmann des 18. oder 19. Jahrhunderts, der von irgendeinem Denkmalssockel heruntergestiegen ist, und oft kommt er einem vor wie ein politischer Prophet mit großem Weitblick. Und immer wieder stellt sich das Problem, welcher dieser beiden Züge stärker ist, der nationalistische engstirnige oder der prophetische weitblickende.

Die «friedliebende» Sowjetunion

Diese Frage stellt man sich unwillkürlich auch nach der Ankündigung des französischen Präsidenten, seine Truppen aus dem NATO-Verband herauszulösen und wieder ganz französischem Befehl zu unterstellen. Man weiß von de Gaulles Abneigung gegen alles Supranationale. Auch bei der EWG weigert er sich, eine übernationale Kommission als Entscheidungsgewalt anzuerkennen, das gleiche zeigt sich nun bei der NATO. De Gaulle beugt sich keiner ihm übergeordneten Instanz, er ist sein eigener Herr und Gott. Der nationalistische Zug mag entscheidend zu seinen Entschlüssen beitragen, daneben bringt er aber auch Argumente vor, die seiner weltpolitischen Prophetie entstammen. Es ist zweifellos richtig, daß die Lage seit 1949, seit der Gründung der NATO, sich grundlegend verändert hat. Es stehen sich nicht nur Ost und West, zwei starre Blöcke, gegenüber, und nach de Gaulle besteht keine unmittelbare Bedrohung aus dem Osten mehr. De Gaulle ist überzeugt, daß die Sowjetunion kein Interesse und keine Absicht mehr hat, gegenwärtig Westeuropa anzugreifen.

Im Gegensatz zu de Gaulle hat sein Freund Konrad Adenauer immer wieder erklärt, «die Lage sei noch nie so ernst gewesen». Aber auch der alte

deutsche Herr hat eine Schwenkung vollzogen, indem er kürzlich verkündete, er glaube, die Sowjetunion habe durchaus friedliche Absichten. Ob sich Adenauer nur entsprechend geäußert hat, um sich von de Gaulle nicht zu unterscheiden oder um wieder einmal damit Erhard's Politik in Frage zu stellen? Vielleicht spürt er doch langsam seine neunzig Jahre, so daß man seine diametralen Äußerungen nicht mehr so ernst nehmen muß.

Jedenfalls hat man im Kreml dankbar zur Kenntnis genommen, daß Frankreich an die Friedensliebe der Sowjetunion glaubt, und auch auf dem 23. Parteikongreß konnte de Gaulle seitens Breschnews entsprechende Komplimente empfangen. Frankreich hat sich im Osten beliebt gemacht. Das beweist eine Publikation aus Ostdeutschland, wo Frankreich aus der Liste der «imperialistischen Kriegshetznationen» gestrichen wurde. Es wird nur noch immer als «kapitalistisch, aber durchaus friedliebend» bezeichnet! Am 23. Parteikongreß befürchteten Kenner vorerst eine Rehabilitierung Stalins und eine weitere Verketzerung Chruschtschews. Aber in seiner großen programmatischen Rede erwähnte der sowjetische Parteisekretär Leonid Breschnew Stalin mit keinem Wort. Trotzdem ist nicht von der Hand zu weisen, daß die neuen sowjetischen Führer eine Synthese suchen zwischen der Zeit Stalins und jener Chruschtschews, eine Synthese, die Breschnew und Kossygin einen härteren Kurs erlauben sollte ohne die diplomatischen Erfolge der letzten Zeit, zum Beispiel Taschkent, aufs Spiel zu setzen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung im kommunistischen Lager ist noch immer das Verhältnis zu China. Moskau hat gegenüber Peking in letzter Zeit einige Erfolge erringen können, indem sich beispielsweise Nordvietnam und Kuba wieder mehr ins russische Lager absetzen. Gleiche Tendenzen sind auch in Albanien spürbar.

China ist nach wie vor das große Fragezeichen der Weltpolitik

Auch in den USA befaßte man sich mit diesem Problem, und es ist wichtig und geradezu ein historisches Ereignis, daß die außenpolitische Kommission des amerikanischen Senats unter dem Präsidium von Senator William Fulbright nach den Hearings über Vietnam sich nun bemühte, ein realistisches Bild von der Situation und den Absichten des kommunistischen China zu machen. Historisch bedeutsam, weil man den Eindruck nicht los wurde, daß die USA und auch Europa China mit vorgefaßten Meinungen betrachten, ohne Realitäten erkennen zu wollen. Die freimütige Aussprache in der Senatskommission unter Beiziehung von Spezialisten könnte dazu führen, daß die USA China mit offeneren Augen betrachten werden. Das könnte auch auf den Krieg in Vietnam, der noch immer im Zentrum der Weltpolitik steht, gewisse Folgen haben.

Die Zentralfrage, die alle beschäftigt, ist die, ob China eine Ausweitung des Krieges will oder ob seine Drohungen nur leere Worte sind. China spricht

immer wieder von einer Einkreisungspolitik sowohl Moskaus als auch Washingtons. Dazu die Meinung Senator Fulbrights: «In Südostasien ist der Machtkampf zwischen China und Amerika das Zentralproblem. Deshalb sind die meisten von uns so beunruhigt. Wenn man die historischen Erfahrungen anwendet, dann erscheint es, daß die Krise in Südostasien nur dauerhaft gelöst werden kann, wenn das ganze Gebiet neutralisiert wird. Denn China hat eine tiefverwurzelte Angst vor amerikanischen Stützpunkten an seiner Peripherie . . . Was können wir tun, um China zu bewegen, den Preis eines Neutralisierungsabkommens zu bezahlen? Wir können China glaubhaft mit dem konfrontieren, was es am meisten fürchtet: mit der Aussicht auf die ständige Anwesenheit amerikanischer Militärstützpunkte an seinen Grenzen. Wenn wir uns in starke Stützpunkte an der Küste oder, wo angebracht, im Inneren Südvietnams eingraben würden, wäre das die glaubhafte Konfrontation mit der Drohung ständiger US-Stützpunkte an der Peripherie Chinas.»

Und Senator Robert Kennedy schreibt zum gleichen Problem: «Unser Verhältnis zu China ist uns wichtig. Nicht nur weil wir einen tödlichen Krieg vermeiden wollen, sondern auch, weil der Vietnamkrieg ein zukünftiges, von der Vernunft geleitetes Arrangement mit China unmöglich machen könnte. In den nächsten zehn Jahren wird sich entscheiden, ob sich unser Verhältnis zu China zum Besseren wendet oder verschlechtert. Ändern wird es sich auf jeden Fall. Wir können die Wendung, die es nehmen muß, beeinflussen.»

Die bessere Idee – der beste Mann

Bei den von Harold Wilson vorzeitig angesetzten Erneuerungswahlen zum britischen Unterhaus gab es im Laufe des relativ kurzen Wahlkampfes nie Zweifel über den Sieger. Die Frage drehte sich nur darum, wie groß die Labourmehrheit ausfallen würde. Sie ist so groß ausgefallen, daß Wilson in Ruhe und auf weite Sicht planen und seine Ideen verwirklichen kann. Es wird nicht mehr nötig sein, für wichtige Abstimmungen kranke Abgeordnete herzutransportieren oder Minister aus dem Ausland zurückzuholen, nur weil die Mehrheit ein paar winzige Stimmen betrug.

Die Konservativen hatten nie eine Chance. Statt eines realistischen Programms wie Labour boten sie Schlagworte, und Edward Heath, der Oppositionsführer, war nur ein Schatten Wilsons. Es ist paradox, daß die Konservativen den ganzen Wahlkampf unter dem Motto «Taten statt Worte» führten, dabei hatten gerade sie nichts zu bieten außer ein paar Phrasen. Ebenso unglücklich wie dieses Wahlkampfmotto waren die Kommentare Heaths, der davon sprach, die Zeit für die Konservativen werde kommen, die Wähler seien noch nicht genug vorbereitet gewesen, um das in die Zukunft gerichtete Programm der Tories zu verstehen. Etwas später erklärte Heath, das Wahlergebnis zeige, daß die Konservativen ihre Konzeption zu überprüfen und vorläufig

eine verstärkte Oppositionspolitik zu betreiben hätten. Nichts zeigt besser die Verlegenheit der Konservativen als diese Schwenkung.

Heath warf Labour vor, sie hätten mit einem Programm der Vergangenheit den Wahlkampf geführt. Nichts ist unrichtiger als das. Harold Wilson hat in den 18 Monaten seiner ersten Regierungszeit die Situation realistisch eingeschätzt. Er hatte ein schlimmes Erbe anzutreten. Er hatte den traditionsbewußten Engländern beizubringen, daß Großbritannien wohl noch eine Macht ist, eine Macht zweiter Ordnung, aber längst keine Großmacht mehr. Er hatte begreiflich zu machen, daß die Zeiten vorbei sind, da man sich auf den Reichtum der Kolonien verlassen konnte, er mußte Opfer verlangen, er hatte und hat Großbritannien aus seinen Weltmachtträumen zu erlösen und in die neue harte Zeit der Technokratie und Automation zu führen. Das mußte und muß er nicht nur den Wirtschaftsführern, den Industriellen beibringen, sondern ebenso den Gewerkschaften, die neu organisiert werden müssen.

Wilson wurde von konservativer Seite der Vorwurf gemacht, er führe England in die Abhängigkeit zu den USA. Aber der Premier hat wohl nationalen Ehrgeiz, aber nicht nationalistische Machtträume wie General de Gaulle, Wilson hat keinen atomaren Ehrgeiz, der nur zuviel Geld kostet und andere, zum Beispiel soziale, Projekte verhindert. Wilson ist für eine enge Anlehnung an die USA, besonders im Bereich der Verteidigung. Er zeigte Mut, indem er die Produktion von eigenen teuren Kampfflugzeugen stoppte und fertige Apparate aus den USA ankauft. Nur von einem Labourpremier konnte man erwarten, daß er den ehemaligen Stolz Albions, seine Flotte, für den Schrotthaufen bestimmte, in der realistischen Einschätzung der Lage. Die Konservativen hätten Millionen von Pfund Sterling weiter aufgewendet, um einigen Admiralen ein schwimmendes Spielzeug zu erhalten.

Harold Wilson scheute nicht davor zurück, unpopuläre Entschlüsse zu fassen, wenn er sie für richtig hielt. Aber gerade der Mut zur Unpopularität, die Geradlinigkeit machte ihn populär. Er wurde in kurzer Zeit vom Parteiführer zum großen Staatsmann, zu dem das Volk Vertrauen und Sympathie faßte. Der überwältigende Wahlsieg ist der Ausdruck davon. Die bessere Idee und der beste Mann siegten.

Erfolge und Rückschläge

Neben der Labour Party in England kam kürzlich auch die Sozialdemokratische Partei Finnlands zu einem großen Wahlsieg, der einem Erdrutsch gleichkam. Bedeutsam sind auch die Erfolge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Kommunalwahlen in Bayern und Hamburg, was beweist, daß die CDU Erhards ihren Kredit seit der letzten Bundestagswahl bereits wieder verspielt und die SPD an Profil gewonnen hat. Sie kann beim Wähler vor allem auf ihre konstruktive Kommunalpolitik verweisen. Beun-

ruhigend sind im gleichen Zuge die Stimmengewinne der Nationaldemokraten (NPD), einer Nachfolgepartei der Nationalsozialisten, die in einigen bayrischen Städten bis zu zehn Prozent der Stimmen erhielten und in einem Fall sogar den Bürgermeister stellen. Die NPD stellt (noch) keinen Machtfaktor dar, aber ihr Auftreten weckt zum mindesten peinliche Erinnerungen, und getreu der Devise «wehret den Anfängen» würde es nichts schaden, diesen Leuten genau auf die Finger zu sehen.

In England, Deutschland und auch Österreich macht sich ein Hang zu den großen Parteien bemerkbar, in allen drei Fällen wird die Mittelpartei, die Liberalen in England, die FDP in Deutschland und die FPÖ in Österreich zusehends zwischen den beiden großen Parteien aufgerieben. Die österreichischen Wahlen endeten mit einem Rückschlag der Sozialisten und dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Volkspartei, die ihre Propaganda ganz negativ gestaltete, so daß ein sozialistischer Kommentator versucht war, zu schreiben, in Österreich sei die bessere Idee raffinierten Reklamefachleuten unterlegen. Aber auch in Österreich wird das Bessere wieder zum Durchbruch kommen.

HEINZ ROSCHEWSKI

Das Interview

Es gibt eine italienische Journalistin, die geradezu großartig ist. Großartig, weil sie weiß, daß zum Schreiben nicht nur die Beherrschung des Wortes gehört, sondern auch Gesinnung. «Ecrire, c'est ressusciter!» Schreiben heißt erschüttern. Und auch selbst erschüttert sein. Diese Journalistin, die italienische Schriftstellerin Oriana Fallaci, hat seinerzeit in der italienischen Zeitschrift «Europeo» eine Reihe von Interviews mit Persönlichkeiten, «von denen man spricht», veröffentlicht. Mehr als um eigentliche Interviews handelt es sich um Gespräche, auf Tonband aufgenommen und später in einen schriftlichen Dialog umgesetzt. 18 dieser Interviews sind in einem Buch vereinigt worden, das im Original «Gli antipatici», «Die Unsympathischen» heißt (jetzt auch deutsch erschienen im Econ-Verlag, Düsseldorf, unter dem Titel «Ab- und Beifälliges über Prominente»). Die von Oriana Fallaci beschriebenen Personen sind, wie sie sagt, nicht «unsympathisch» im eigentlichen, kategorischen Sinn des Wortes. Aber man spricht überall von ihnen; ihr Tun und Lassen, ihre Liebesgeschichten, ihre Stierkämpfe, ihre Gedichte, ihre Tor-schüsse, ihre Musik, ihre Wahlen, ihre Filme, ihre Millionen oder ihre Geld-sorgen sind in aller Leute Mund. «Ihre Berühmtheit ist so groß, so aufsässig, daß sie uns verfolgt und belästigt, so daß wir schließlich ausrufen: ‚O Himmel, diese Quälgeister, diese unsympathischen!‘»